

Frage des Tages

Glauben Sie an den bürgerlichen Machtwechsel in Basel?

Im Herbst sind in Basel Regierungsratswahlen. Können die Bürgerlichen Rot-Grün die Mehrheit abjagen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern: **Ist es gut, wenn die Blaggede politische Themen hat?**



Bürgerliches Viererticket soll Erfolg bringen

Schulterschluss von CVP, FDP, LDP und SVP würde Chancen gegen Rot-Grün verbessern

Von Jonas Hoskyn

Basel. Die Wahlen im kommenden Herbst werfen ihren Schatten voraus. Während bei der Linken vor allem die Frage im Vordergrund steht, ob Regierungspräsident Guy Morin nochmals antritt, gibt es bei den Bürgerlichen noch eine Reihe von Fragezeichen. Bei der FDP und der CVP dürfte klar sein, dass sie mit ihren bisherigen Regierungsratskandidaten Baschi Dürr und Lukas Engelberger nochmals antreten werden. Alles Weitere ist offen: Die LDP muss einen Nachfolger für Christoph Eymann suchen, und die SVP steht einmal mehr vor der Herausforderung, einen Kandidaten zu präsentieren, der auch für die Mitte wählbar ist.

Der Plan der bürgerlichen Parteien ist, geeint mit je einem Kandidaten aus CVP, FDP, LDP und SVP anzutreten und so nach zwölf Jahren die rot-grüne Mehrheit in der Regierung zu beenden. Dieser Plan ist nicht neu, und in den letzten Jahren schien der Versuch eines bürgerlichen Schulterschlusses immer mehr zum politischen Running Gag zu verkommen. Doch allen Unkenrufen zum Trotz stehen die Chancen für ein Viererticket im nächsten Jahr offenbar überraschend gut. Entscheidend wird die CVP sein. Sie hatte sich im vergangenen Herbst bei den nationalen Wahlen aus arithmetischen Gründen gegen die bürgerliche Koalition und für ein Zweckbündnis mit den Grünliberalen ausgesprochen. Trotzdem verpasste ihr Nationalrat Markus Lehmann die Wiederwahl. «Das hat wohl zu einem Umdenken geführt», sagt LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein. «Wenn wir eine Mehrheit bekommen wollen, klappt nur gemeinsam.»

CVP will mitmachen

Und tatsächlich: Nachdem die CVP sich lange vor einem Zusammengehen mit der SVP sträubte, signalisieren die Christdemokraten nun ihre Bereitschaft zum Schulterschluss. «Wenn wir die bürgerliche Mehrheit wollen, müssen wir uns auch bürgerlich positionieren», sagt CVP-Präsidentin Andrea Strahm. Diesen Entscheid würden Vorstand, Parteileitung und die Fraktion teilen. Entscheiden wird letztlich die Basis. «Wir müssen vermitteln, dass das nicht heisst, dass wir in der Sachpolitik immer der gleichen Meinung sein müssen», sagt Strahm. Die Zusammenarbeit sei auf einem guten Weg, «aber noch nicht unter Dach und Fach».

Tatsächlich dürften sich die Chancen auf einen Machtwechsel klar verbessern, wenn das bürgerliche Lager geeint statt in zersplitterten Gruppen



Alle für einen. Statt wie 2012 als Einzelmasks wollen die bürgerlichen Kandidaten vereint auftreten. Foto Misha Christen

antritt. Die Zusammenarbeit ist auch im Interesse der CVP. Die Partei liegt noch zwischen fünf und sieben Prozent Wähleranteil. Ohne die Unterstützung der bürgerlichen Parteien dürfte die Wiederwahl ihres Gesundheitsdirektors Lukas Engelberger eine Zitterpartie werden.

Eine undankbare Rolle bleibt für die Grünliberalen übrig. Sie würden in dieser Konstellation zwischen Stuhl und Bank fallen. Die Chance auf einen Sitz in der Regierung sinken für die Partei, die bei den nationalen Wahlen im Herbst gerade noch 3,7 Prozent machte, auf ein Minimum. Dabei durfte die GLP nach dem Achtungsergebnis von Martina Bernasconi gegen Lukas Engelberger vor eineinhalb Jahren schon von einem Sitz in der Regierung träumen. Gleichzeitig haben es sich die Grünliberalen damals aber offenbar mit der CVP verschert. Den Bürgerlichen sind sie zu links und den Linken zu bürgerlich.

Unklar ist, wer auf dem geplanten Viererticket neben Dürr und Engelberger stehen wird. Bei der LDP wurden erste informelle Gespräche mit möglichen Anwärtern geführt. Im März soll dann der Kandidat nominiert werden. Im Fokus stehen Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein und Grossrat und Advokat Conradin Cramer. Beide bestätigen, dass sie sich mit dem Gedan-

ken auseinandersetzen, ob sie für die Nachfolge von Christoph Eymann kandidieren wollen. Eine weitere Möglichkeit wäre Raoul Furlano – LDP-Grossrat und leitender Arzt am Kinderspital. Eine Kandidatur sei nicht gänzlich ausgeschlossen, allerdings aufgrund seiner beruflichen Situation eher unwahrscheinlich, sagt Furlano auf Anfrage.

SVP-Kandidat gesucht

Schwieriger wird die Situation bei der SVP. In den letzten Jahren schaffte es die zweitgrösste Partei nie über die Marke von 8500 Stimmen. Für einen Sitz in der Regierung braucht es aber mindestens zweieinhalb Mal mehr. Dazu kommt, dass die Partei ein Personalproblem hat. Dies offenbarte die letztjährige Ersatzwahl nach dem Rücktritt von CVP-Regierungsrat Carlo Conti schonungslos. Zuerst überraschte die SVP mit dem politisch unbekanntem Chirurgen Thomas Egloff als Kandidaten. Dieser zog sich aber nur wenige Wochen nach der Nomination wieder zurück. In die Bresche sprang der chancenlose Eduard Rutschmann, der eine Kandidatur nur Wochen zuvor kategorisch ausgeschlossen hatte.

Auch für nächstes Jahr dürfte es nicht einfach werden, einen mehrheitsfähigen Kandidaten zu finden. «Wir gehen das Thema Wahlkampf Anfang

2016 an», sagt Parteipräsident Sebastian Frehner. Er selber hat bereits mehrfach abgewinkt, wenn ihm Ambitionen auf einen Posten in der Regierung nachgesagt wurden. Eine Reihe weiterer bekannter Politiker wurde bereits bei früheren Kandidaturen «verbrannt». Patrick Hafner und Lorenz Nägelin erhielten vor vier Jahren mit 8084 beziehungsweise 7852 nur rund einen Drittel der benötigten Stimmen. Hafner, der auch dieses Mal zum Kandidatenkreis gehören dürfte, blieb sogar unter seinem Resultat von 2008, als er abgeschlagen auf dem achten Platz landete.

Und auch Joël Thüring, SVP-Nachwuchshoffnung und umtriebiger Parteisekretär, kommt als Regierungsratskandidat wohl kaum infrage. Einerseits ist er mit 32 Jahren noch etwas sehr jung. Ausserdem dürfte er in etwas mehr als einem Jahr zum Grossratspräsidenten gewählt werden. Unklar ist auch noch, welche Folgen die Schuldenaffäre hinterlässt, welche die Basler SVP diesen Sommer durchgerüttelt hat. Thüring war in die Schlagzeilen geraten, nachdem die BaZ persönliche finanzielle Ungereimtheiten bekannt gemacht hatte. So wurde der Grossrat mehrfach betrieblen, weil er die Militärsatzsteuer nicht bezahlt hatte. Als Folge stieg Sebastian Frehner aus der gemeinsamen Beratungsfirma Aspero aus.

Kommentar

Die Bringschuld der SVP

Von Jonas Hoskyn

Die Bürgerlichen wittern Morgenluft. Erstmals seit über einem Jahrzehnt besteht bei den Wahlen kommenden Herbst die reelle Chance auf einen Machtwechsel in der Basler Regierung. Noch besser werden die Aussichten für die Bürgerlichen, sollte sich der grüne Regierungspräsident Guy Morin tatsächlich entscheiden, sich in den Ruhestand zu verabschieden. Gerade rechtzeitig scheinen sich die Parteien nun zusammenzurufen und sprechen sich geeint für ein Viererticket aus. Die grosse Unbekannte in diesen Politrechnungen ist der SVP-Kandidat. Doch die zweitgrösste Partei des Kantons hat ein massives Personalproblem. Praktisch alle halbwegs bekannten Namen haben in den letzten Jahren kandidiert und sich als nicht mehrheitsfähig entpuppt. Wer nur auf einen Drittel der benötigten Stimmen kommt, dem nützt auch die Unterstützung der anderen Parteivorstände wenig. Ohne einen Kandidaten, der auch für die Mitte wählbar ist, sind alle bürgerlichen Machtpläne Makulatur. Der erste Härtetest wird die CVP-Basis sein. Versagt diese die Unterstützung, drohen die bürgerlichen Einzelkämpfer wiederum hintenanstehen zu müssen. «Irgendwann mal haben die Leute die Nase voll von Rot-Grün, aber dann müssen wir auch bereit sein», sagte SVP-Parteipräsident Sebastian Frehner vor einem Jahr, als der Versuch des bürgerlichen Schulterschlusses einmal mehr scheiterte. Nun ist es an ihm zu beweisen, dass er seine Arbeit gemacht hat.



jonas.hoskyn@baz.ch